

November
2018

EXTRA
BLATT

In guter Gesellschaft:
Weshalb wir ein Berlin-Forum
brauchen – Wolfgang Kaschuba
zur zivilgesellschaftlichen
Verantwortungsteilung in der
Stadtpolitik

02

Schon jetzt notieren:
Die nächste Berliner
Stiftungswoche findet vom
2. bis zum 12. April 2019 statt.
Wieder in ganz Berlin mit
Veranstaltungen, Ausstellungen
und Projekten!

»Freiräume schaffen, wo immer
sie kleiner werden« –
Esra Küçük spricht im Interview
über wichtige Netzwerke und
Kooperationen in Kultur und
Zivilgesellschaft

03

»Alles im Fluss – vom
Bewahren und Gestalten«:
Die diesjährige Stiftungsrede,
gehalten am 24. April 2018, von
Prof. Dr. Jutta Allmendinger im
Wortlaut

04

Schulbibliotheken – Inseln
der Leselust! Über eine
wichtige Schnittstelle zwischen
Unterricht und Freizeit,
von Dr. Helena Stadler,
Bürgerstiftung Berlin

07



Wem gehört die Stadt?

Oder warum die Gesellschaft eine neue Gerechtigkeitsdebatte verdient!

Berlin boomt, Berlin wächst, Berlin ist nicht mehr „arm, aber sexy“, sondern inzwischen in weiten Teilen ein ziemlich teures und exklusives Pflaster.

Bereits direkt nach Mauerfall und Einheit hatten viele Experten – von Immobilienfachleuten bis Stadtsoziologen – Berlin ein rasantes Wachstum vorhergesagt. Von schnell erreichten 4 Millionen Einwohnern war damals in den Prognosen die Rede, ebenso von großen Elendsquartieren am Rande der Plattenbausiedlungen. Doch es kam anders: Die Zahlen gingen zunächst nach unten – sowohl in der Wirtschaft als auch bei den Einwohnerzahlen. Die Wachstumsentwicklung und die erwarteten Gentrifizierungswellen setzten erst später ein – in einer neuen Berliner Mischung: mit Glasfassaden in Mitte und wiederbelebten Brachflächen an der Spree, mit einer lebendigen Gründerszene und einer oft überforderten Verwaltung, als Magnet für Hipster aus aller Welt – und ohne Großflughafen.

Das ist Berlin heute. Dynamik hat ihren Preis: Der Instagram-taugliche Soja-Latte kostet in Kreuzkölln bald 5 Euro und der Quadratmeter im Wedding für 15 Euro kalt ist bald schon ein Schnäppchen. Und im Vergleich zu München und Hamburg, zu London und Paris stimmt das sogar.

Doch was passiert mit einer Stadt, wenn die Kosten immer weiter steigen und sich immer weniger Menschen das Leben im Zentrum leisten können? Wie verändert es das gesellschaftliche Miteinander, wenn selbst Normalverdiener nur noch schwer am Stadtrand bezahlbare Wohnungen finden? Geringverdiener müssen schon heute – so zeigt eine Studie im Auftrag des

Sozialverbands Deutschland auf – rund die Hälfte ihres knappen Einkommens für die Miete aufwenden. „Alleinerziehende, Haushalte mit Migrationshintergrund, Rentner, Bezieher von Transferleistungen oder Menschen mit geringem Bildungsgrad“ seien demzufolge besonders anfällig für eine hohe „Mietbelastungsquote“, so die Studie.

»Wo keine Gerechtigkeit ist, ist keine Freiheit, und wo keine Freiheit ist, ist keine Gerechtigkeit.«

Johann Gottfried Seume (1763 – 1810)

Die Mietenfrage ist die neue soziale Frage unserer Zeit. Doch das betrifft nicht nur den eigenen, privaten Wohnraum. Durch steigende Gewerbemieten entmischen sich ganze Stadtviertel – und kostengünstige Angebote für Kultur, Sport oder sonstige Freizeitangebote schwinden. Wer nur

auf hohe Renditen seiner Gewerbeimmobilien setzt, bestimmt auch den Charakter der Nachbarschaft. Doch wem „gehören“ der Kiez, die Kultur und die kollektiven Räume?

Wie kann gesellschaftliche und politische Teilhabe in einer Stadt weiterhin funktionieren, wenn immer weniger an der Stadtgesellschaft direkt teilhaben? Die Entwicklung ruft längst nach einer neuen Gerechtigkeitsdebatte. Die Antworten werden nicht alleine Politik und Verwaltung geben können. Gefragt ist ein aktives Einmischen der Zivilgesellschaft, um sich die Verantwortung für diese zentralen Weichenstellungen zu teilen.

Die Berliner Stiftungswoche wird 2019 diese Fragen stellen: Wollen wir in einem Gemeinwesen leben, in dem Ellenbogen und Egoismus immer wichtiger werden? Ist auch in Zukunft noch Platz für die Schwächeren in der Gesellschaft und bleiben Städte noch der Raum für soziale Experimente?

Die Berliner Stiftungswoche wird diese und andere Fragen ausloten, Beispiele gelungener Stiftungsarbeit vorstellen und die Berlinerinnen und Berliner zum Einmischen einladen. Mit dieser Ausgabe des ExtraBlatts beginnen wir, das Thema aufzufächern: mit einem Beitrag zum ambitionierten Berlin-Forum, Einblicken in die Arbeit einer Kulturstiftung und mit Erfahrungen aus einem Projekt mit Schulbibliotheken. Viel Vergnügen bei der Lektüre! (se) ●

Es ist die Zehnte!

Die Berliner Stiftungswoche feiert im April 2019 Jubiläum

Bereits zum zehnten Mal findet die Berliner Stiftungswoche statt. Als das Veranstaltungsformat 2010 an den Start ging, war es durchaus ein ambitioniertes Experiment: Kann es gelingen, so viele unterschiedliche Stiftungen mit ihren individuellen Stiftungszwecken und ihren verschiedenen Themen in einem bestimmten Zeitraum zu einer »konzertierten Aktion« zu bewegen und gemeinsam Flagge für die Zivilgesellschaft zu zeigen?

Nicht wenige waren skeptisch, galt Berlin doch kaum mehr als klassische Stiftungsstadt. Doch rund ein Jahrzehnt später ist klar: Das Experiment ist geglückt und zieht Jahr für Jahr weitere Kreise. Dem Berliner Beispiel sind mittlerweile andere Städte und Regionen gefolgt und haben vergleichbare Formate geschaffen.

In Berlin wird jedes Jahr aufs Neue im April eingelöst, was die Stiftungswoche ausmacht: das Engagement der Stiftungen sichtbar zu machen – in unzähligen Veranstaltungen, Ausstellungen und Projektvorstellungen. Als die erste Stiftungswoche 2010 stattfand, waren 70 Stiftungen beteiligt. In den Jahren danach steigerte sich die Zahl auf regelmäßig über 100 Stiftungen, die an den elf Tagen der langen Woche Einblicke in ihre Arbeit gewähren und zu Vorträgen, Diskussionen, Filmvorführungen, Bootstouren oder Kinderfesten einladen. Die Events finden an den Orten statt, an denen die Stiftungen auch sonst tätig sind: Die Stiftungswoche ist eben nicht nur ein zentraler Marktplatz oder eine einzelne Ideenbörse, sie funktioniert dezentral und macht die ganze Stadt zum Veranstaltungsort.

Nun folgt die 10. Ausgabe: Vom 2. bis zum 12. April 2019 werden die Scheinwerfer erneut auf die Arbeit der Stiftungen gerichtet. Und sie zeigen noch mehr: Berlin ist wieder auf dem Weg, eine Stadt der Stifterinnen und Stifter zu werden, wie sie dies vor dem Zweiten Weltkrieg, vor dem Holocaust und vor der Teilung der Stadt bereits einmal war. Denn die aktuellen Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Berlin zählt heute mehr als 930 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts, die sich in den unterschiedlichsten sozialen, politischen, kulturellen und karitativen Themenfeldern in der Hauptstadt und darüber hinaus engagieren. Stiftungen liegen im Trend und die Stadt besitzt eine Strahlkraft, die auch immer mehr international agierende Stiftungen veranlasst, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen. Auch das wird die Stiftungswoche 2019 zeigen: Wir dürfen gespannt sein! (nm) ●

BERLINER
STIFTUNGSWOCHE

Eine Publikation der

In guter Gesellschaft: Weshalb wir ein Berlin-Forum brauchen

Die Zivilgesellschaft mischt sich ein • Von Prof. Dr. Wolfgang Kaschuba, Direktor des Instituts für empirische Migrations- und Integrationsforschung der HU Berlin – im Berlin-Forum federführend für die Stiftung Zukunft Berlin aktiv



Was die Zivilgesellschaft in Berlin leisten kann, hat zuletzt auch die Demonstration unter dem Motto #unteilbar am 13. Oktober 2018 gezeigt

Berlin muss den Blick nach vorn richten, in die Zukunft einer wachsenden und attraktiven Metropole mit einer diskutierenden und aktiven Öffentlichkeit. Dafür jedoch wird eine politisch und administrativ entwickelte Stadtstrategie allein zu wenig sein. Eine

breitere Mobilisierung der Stadtgesellschaft und ihrer öffentlichen Beratungsformen muss her, um Stadtgesellschaft und Stadtpolitik in einem kontinuierlichen Wissensaustausch und Verhandlungsmodus enger zu verzahnen. Jenseits von Bürger- und Bezirksegoismen

und diesseits von politisch-administrativem Ressortdenken.

Die um die Stiftung Zukunft Berlin herum gruppierte Initiative »Berlin-Forum« hat den im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und dem Berliner Senat

ein Konzept vorgeschlagen, das diesen Weg eröffnen und beschreiten soll. Es geht darum, die besonderen Potenziale wie die kritischen Schwächen in der Entwicklung Berlins gemeinsam auszuleuchten und dann zu fördern wie zu korrigieren. Um Formen, die Berlins Stadtgesellschaft

häufigsten Antworten von Neuankömmlingen auf die Frage: »Warum Berlin?« Der erste Satz handelt von der Freiheit der Stadt, von uns. Der zweite von ihnen selbst, von ihrem Lebensentwurf.

Denn sie schauen etwas genauer hin. Für sie sieht Berlin nicht mehr nur nach Metropole aus, sondern längst auch nach Nachbarschaft und Lebenswelt im Kiez. Mit Späti und Straßencafé, mit Kieztreff und Quartiersmanagement, mit Sportstudio und Club, mit Museum und Moschee. Mit vielen neuen Orten und Räumen also, die es vor 20, 30 Jahren so noch nicht gab, in denen heute jedoch urbanes Leben in neuer Dichte und Intensität pulsiert. Besonders gern auch draußen mit Spaziergängen und Open-Air-Konzerten, mit dem Sitzen, dem Kaffeetrinken, dem Feiern und dem Joggen.

»Das immer noch schwer angesagte Berlin-Bashing nervt. Das von drinnen – und mehr noch das von draußen.«

Vor allem aber staunen die Neuen auch über die geradezu explosionsartig angewachsene Zahl der bürgerschaftlichen Akteure und Initiativen, die in den Berliner Kiezen und Quartieren aktiv sind. Sie schalten sich ein in Stadtplanungs- wie Verkehrsdebatten. Sie entwickeln eigene Konzepte von städtischem Grün und urbaner Ökologie. Sie kämpfen um Kitas wie Sozialwohnungen im Kiez, kümmern sich um Nachbarn und Geflüchtete, erklären sich zuständig für die Entwicklung und Nutzung des Stadtraumes, für neue Formen der Mitbestimmung und der Teilhabe an Stadtpolitik.

nicht als zerstrittene und egoistische Lobbyistengruppen auftreten lassen, sondern die bekannte wie bislang eher unbekannt Stimmen und Erfahrungen der Stadtgesellschaft hörbar machen. Und um Formen, die sie »zueinander« bringen, die ihre Anliegen also in den städtischen Gesamtzusammenhang stellen. Das macht auch Kurzsichtige manchmal weitsichtig.

Dass die Anker unseres Forum-Projekts bis tief in die Stadtgesellschaft hinein reichen, das belegen sowohl die einzelnen Akteursbiografien wie die Auswahl unserer Kooperationspartner. Paritätischer Wohlfahrtsverband und Industrie- und Handelskammer, ver.di Berlin und Landessportbund, Handwerkskammer, Evangelische Kirche und BUND: Da ist schon viel Berlin versammelt. Da muss auch niemand mehr etwas werden. Und da wird keine Klientel- oder Parteipolitik betrieben.

Dafür sind die Zeit und die Stadtgesellschaft einerseits nun reif. Und es ist andererseits auch höchste Zeit. Denn das immer noch schwer angesagte Berlin-Bashing nervt. Das von drinnen – und mehr noch das von draußen.

Denn im wirklichen Leben zwischen Wedding und Neukölln überleben doch noch bemerkenswert viele Menschen und Anliegen in Berlin. In kaum einer anderen Stadtgesellschaft blüht neben viel Unsinn auch so viel Sinn auf: in Gestalt von Ideen, Initiativen, Interventionen. Tausende bürgerschaftliche Aktionen und Organisationen halten eine Stadtgesellschaft an einem Leben, in das es doch auch erstaunlich viele hinzieht, vor allem junge Leute. »Ich kann hier alles machen« und »Ich kann hier alles werden«: Das sind die beiden

Wir sind erst am Anfang: Da ist die ausgeprägte Unterschiedlichkeit und Unübersichtlichkeit der Organisationen, Gruppen und Initiativen, in denen alles vertreten ist von lokalen bis zu globalen Themen, von moralischen bis zu politischen Anliegen, von Mini bis Masse. Zudem arbeiten die meisten dieser Initiativen nicht professionell miteinander und aufeinander zu, sondern eher »mal so« nebeneinander her.

Das ist der Sinn der Zusammenarbeit zwischen Gesellschaft und Politik, die das Berlin-Forum will: dass dieses bürgerschaftliche Wissen und zivilgesellschaftliche Engagement mit dem verwaltungsmäßigen Know-how und dem politischen Entscheidungsprozess zusammentrifft. Es geht auch um eine neue Kultur gesellschaftlicher Debatten und Prozesse, um neue bürgerschaftliche Wege und Formate der gemeinsamen Beratung und der politischen Entscheidung. Nirgendwo gibt es dafür bessere Voraussetzungen als hier und heute, in Berlin. •

Eine längere Version dieses Artikels ist unter der Überschrift »Das Berlin-Bashing nervt« im Tagesspiegel vom 10. September 2018 erschienen.

Impressum

Berliner Stiftungswoche gGmbH | Schiffbauerdamm 8 | 10117 Berlin
T (030) 81 46 65 00 | mail@berlinerstiftungswoche.eu

Die Berliner Stiftungswoche ist ein Projekt der Berliner Stiftungsrunde.
Projekträgerin ist die Berliner Stiftungswoche gGmbH.

Kontakt Redaktion, Anzeigen und Vertrieb

Stefan Engelniederhammer | Geschäftsführer | engelniederhammer@berlinerstiftungswoche.eu
Nora Malles | Projektmanagerin | malles@berlinerstiftungswoche.eu
Dimitris Skafidas | Projektassistentin | skafidas@berlinerstiftungswoche.eu

Redaktion EXTRABLATT

Regine Lorenz | Stefan Engelniederhammer (se) | Nora Malles (nm) | Dimitris Skafidas | Daria Weßling

Konzept/Layout/Produktion

Kaiserwetter Kommunikationsdesign und Marketingmanagement GmbH, Berlin | www.kaiserwetter.de

Druck

Möller Druck und Verlag GmbH | Zeppelinstr. 6 | 16356 Ahrensfelde OT Blumberg

Lenkungskreis der Berliner Stiftungswoche

Kirsten Hommelhoff | Stiftung Mercator
Agnes Kick | Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
Karin Kohler | Stiftung Zukunft Berlin
Pia Liehr/Katrin Harm | Bundesverband Deutscher Stiftungen
Regine Lorenz | Allianz Stiftungsforum Pariser Platz
Bärbel Mangels-Keil | Björn Schulz Stiftung
Sebastian Pflum | Stiftung Brandenburger Tor
Bernhard Sommer | Deutsches Stiftungszentrum (DSZ)
Burkhard Wilke | Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI)

Abbildungsnachweise

Die Fotos wurden uns, sofern nicht anders gekennzeichnet, freundlicherweise von den jeweiligen Stiftungen oder Autoren zur Verfügung gestellt. Das Copyright liegt bei den Stiftungen oder Autoren bzw. bei den jeweiligen Fotografen.

Seite 1: BSW/Kaiserwetter | Seite 2: picture alliance/dpa, Christoph Soeder | Seite 3: Jesco Denzel | Seite 4–5: BSW/Seesaw | Seite 7: Bürgerstiftung Berlin | Seite 8: BSW/Kaiserwetter

Wir bedanken uns bei allen Stiftungen sowie den Autorinnen und Autoren, die uns Artikel zur Verfügung gestellt oder Kontakte vermittelt haben. Sollten auch Sie Themenwünsche oder Vorschläge für Artikel haben, wenden Sie sich bitte gerne an uns; auch wenn Sie Interesse an künftigen Ausgaben haben! Sprechen Sie uns an!

Intro

Berliner Stiftungswoche

Allianz Kulturstiftung | Allianz Umweltstiftung | Allianz Stiftungsforum Pariser Platz | Björn Schulz Stiftung | BMW Foundation Herbert Quandt | Bundesverband Deutscher Stiftungen | Bürgerstiftung Berlin | Deutsche Kinder- und Jugendstiftung | Deutsche Stiftung Denkmalschutz | Deutsche Telekom Stiftung | DSZ – Deutsches Stiftungszentrum im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft | Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen | Einstein Stiftung Berlin | Evangelisches Johannesstift Berlin | Freudenberg Stiftung | Heinz und Heide Dürr Stiftung | innogy Stiftung für Energie und Gesellschaft | Koepjohann'sche Stiftung | Körber-Stiftung | Radial Stiftung | Robert Bosch Stiftung | Schering Stiftung | Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa | Stiftung Brandenburger Tor | Stiftung Charité | Stiftung Mercator | Stiftung PARITÄT Berlin | Stiftung Zukunft Berlin | Vodafone Stiftung Deutschland | World Wide Fund For Nature (WWF)

STAND: 10/2018

»Freiräume schaffen, wo sie immer kleiner werden«

Im Gespräch mit der neuen Geschäftsführerin der Allianz Kulturstiftung, Esra Küçük • Von Nora Malles

Mit Esra Küçük hat die Allianz Kulturstiftung eine neue Geschäftsführerin, die sich in der Berliner Kulturwelt bestens auskennt. Zuvor leitete die Politikwissenschaftlerin das Gorki Forum, das als Schnittstelle zwischen Kultur, Wissenschaft und Politik agiert. Mit Gesprächsreihen und Projekten, die die Vielfalt unserer Gesellschaft beleuchten und sich aktiv in Prozesse einmischen, machte sich Esra Küçük schon in der Stiftung Mercator als Gründerin der Jungen Islam Konferenz einen Namen.

● **Seit dem Sommer sind Sie die neue Geschäftsführerin der Allianz Kulturstiftung. Zuvor waren Sie drei Jahre am Maxim Gorki Theater. Welche Erfahrungen nehmen Sie mit in die Stiftungswelt?**

Ich war in den letzten Jahren sehr nah an der Kunst- und Kulturproduktion dran und habe eng mit Künstlerinnen und Künstlern gearbeitet, also mit denjenigen die wir mit unserer gemeinnützigen Förderung hier in der Allianz Kulturstiftung unterstützen. Es ist sehr hilfreich, nun als Förderer seine Zielgruppe und deren Bedürfnisse gut zu kennen und die Perspektive entsprechend wechseln zu können. Im Theater wird mit aufwendigen Produktionen oft viel gewagt und ein Diskurs angestoßen. Ich denke, die Bereitschaft risikofreudig zu agieren, aber auch vom Scheitern zu lernen ist in der Kunst- und Kulturwelt eher vorhanden: Dort wird direkt nach konkreten Lösungen gesucht und nicht erst ein Arbeitskreis gegründet. Das sind unterschiedliche Dynamiken und Arbeitskulturen. Diese Erfahrungen würde ich gern in die Stiftungswelt überführen.

● **Das klingt nach einer großen Herausforderung, die Stiftungswelt für mehr Risiko öffnen zu wollen.**

Es gibt mittlerweile einige Stiftungen, die es aus guten Gründen in Kauf nehmen, dass ein bestimmter Anteil ihrer Projekte am Ende nicht realisiert wird, wenn sie dafür im Gegenzug in einem hoch dynamischen Feld mit hoher Innovationskraft arbeiten. Mich beschäftigt aber eher die Frage, wo wir mit unseren Mitteln wirklich einen Unterschied machen können. Ich würde gerne schon beim Festlegen von Förderkriterien und Schwerpunkten die Künstlerinnen und Künstler mit einbeziehen. Das könnte zur Schärfung von Filter und Fokus beitragen. Es geht auch um die Frage, wer eigentlich an den entscheidenden Hebeln sitzt. Es gibt Studien, die schlüsseln diese Entscheidungsstrukturen in Stiftungen auf. Und das Ergebnis ist, dass es häufig einen großen Unterschied zwischen den Entscheidern auf der einen und den Geförderten auf der anderen Seite gibt. Stiftungen,



»Fruchtbare Debatten zur kulturellen Entwicklung der Stadt«: Esra Küçük

die etwa auf Themen wie Diversity spezialisiert sind, haben nicht unbedingt ein besonders diverses Team. Genauso werden in Stiftungen zur Kunst- und Kulturförderung nicht immer automatisch auch Künstlerinnen und Künstler beteiligt. Dies ist jedoch wichtig, um die verschiedenen Perspektiven und Dimensionen zu verstehen.

● **Welche Themen möchten Sie in Zukunft behandeln?**

Prinzipiell initiieren und fördern wir translokale Kulturprojekte in Europa und im Mittelmeerraum, die zum grenzüberschreitenden Dialog beitragen. Da geht es uns nicht so sehr um Spitzenförderung, sondern eher um Nachwuchsförderung. Ganz spezifisch beschäftigen mich gerade Fragen von gesellschaftlichem Zusammenhalt in Europa. Wie kann Kultur dazu beitragen, dass sich die Gesellschaft nicht entzweit, wie zum Beispiel im Stadt- und Landgefüge bei kulturellen Angeboten und in der Bildung. Oder bei Fragen der sozialverträglichen Digitalisierung: Wie können beispielsweise alle Altersklassen einbezogen werden? Nicht zuletzt treibt mich die Frage um, wie wir mit heterogenen Gesellschaftsstrukturen

umgehen und wie die Kultur zur Vermittlung beitragen kann. Das sind gleich mehrere Themen, die die Gesellschaft schichtenübergreifend polarisieren.

● **Wenn Themen polarisieren, dann werden sie schnell politisch...**

Ich glaube, »politisch« ist hier nicht der richtige Ausdruck. Aber was versteht man unter dem Begriff »politisch«? Ich habe ein sehr breites Verständnis davon, denn eigentlich ist alles, was wir tun politisch. Sobald ich morgens aufwache und die erste Entscheidung des Tages treffe – nehme ich das Rad oder das Auto, koche ich mir einen fair gehandelten Kaffee zu Hause oder kaufe ich mir auf dem Weg einen Cappuccino im Plastikbecher? – handle ich politisch. Dasselbe gilt für die Frage, wen unser Kulturangebot repräsentiert, wen es anspricht und wen eben nicht. Was erfahren wir darüber, dass gewisse Gruppen außen vor bleiben oder gewisse Kunstformen sehr viel weniger Chancen auf eine Förderung erhalten. Ich mache mir viele Gedanken darüber, in welchem Bereich wir als Stiftung Wirkung entfalten können und ob das nur durch die Vergabe von Fördergeldern geschehen

kann oder vielleicht auch mit Hilfe von besonderen Kooperationen und Allianzen, die wir zur Überwindung von Spaltungen initiieren. Da spielt das Thema Rückgewinnung von Freiräumen und Freiheiten für Kunst- und Kulturschaffende eine große Rolle. Das sind derzeit die gesellschaftlich relevanten Fragen für mich – das fasst es vielleicht besser als der Begriff »politisch«.

● **Also mehr Konzepte und innovative Idee und in der Summe weniger »L'art pour l'art«-Projekte?**

Ja, die Fragen des Zusammenhalts spielen sich auf allen Ebenen ab. Das heißt, es wird automatisch auch um die Frage gehen, wie wir als europäische Gesellschaft leben wollen, wie wir uns innereuropäisch vernetzen können und welchen Beitrag unsere Projekte leisten können. Es geht darum, Begegnungen zu schaffen und in Dialog zu treten. Hier kann die Kultur einen entscheidenden Beitrag leisten.

● **Welche Rolle spielt Berlin für Sie in diesem Dialog?**

Berlin kommt derzeit eine herausragende Rolle zu. Einmal international, weil die Stadt eine wahnsinnige Sogwirkung besitzt: Es gibt hier noch Freiräume, die an anderer Stelle auf der Welt hart umkämpft sind und immer kleiner werden. Zum anderen schafft die spezielle Geschichte der Stadt und ihre Eigendynamik ein unglaublich inspirierendes Umfeld für Kunst- und Kulturschaffende.

● **Freiräume werden leider auch in Berlin immer knapper. So stellen wir für die 10. Berliner Stiftungswoche die Frage »Wem gehört die Stadt?«**

Ja, Freiräume werden knapper, gerade wird zum Beispiel diskutiert, ob das Tempelhofer Feld doch wieder bebaut werden soll. Aber in den Rankings unter den beliebtesten Städten steht Berlin international ziemlich weit oben. Unter anderem, weil wir hier eine breite Förderstruktur und viele kulturelle Einrichtungen haben. Wir sehen aber auch, dass derzeit viele im Exil lebende Kulturschaffende nach Berlin kommen, die anderorts mit ihrer Arbeit eingeschränkt oder bedroht werden. Dadurch entwickelt sich gerade hier eine dynamische Kultur mit neuen Einflüssen. Ich sehe aber auch den politischen Willen, Freiräume zu bewahren. Diesen Umstand müssen wir nutzen. Berlin hatte schon immer den Ruf, nicht so abgehoben und eher bodenständig zu sein. Trotzdem zieht es auch die großen Namen hierher. Dadurch entsteht viel Reibung, aber auch fruchtbare Debatten zur kulturellen Entwicklung der Stadt. Für mich wäre es spannend, wenn wir uns

im Rahmen der Berliner Stiftungswoche »Wem gehört die Stadt?« Gedanken darüber machen, wer eigentlich durch die Kulturangebote der Stadt bisher nicht angesprochen wird und warum das so ist.

● **Dieses Spannungsverhältnis prägt zum großen Teil die Stadt. Wie kann sich die Stiftungswelt daran beteiligen und noch mehr Menschen zu gesellschaftlichem Engagement führen? Informationen und Aufrufe zur Partizipation sind sicherlich nur zwei Möglichkeiten.**

Die Engagementkultur in Deutschland ist besonders auch in der »unorganisierten« Zivilgesellschaft weit verbreitet. Deutschland hat eine breit angelegte Engagement- und Ehrenamtskultur. Ein Beispiel: Seit 2015 waren über 20 Millionen Menschen in der Arbeit mit Geflüchteten aktiv. Wir haben das unter dem Begriff »Willkommenskultur« diskutiert. Heute sind es nach wie vor acht Millionen Menschen. Das ist ein starkes und ermutigendes Signal für die Zivilgesellschaft. Stiftungen können dort mit den richtigen Ansätzen andocken und herausfinden, wie wir diejenigen noch besser unterstützen können, die wiederum andere unterstützen.

● **Was werden Sie also als erstes fördern?**

Wir haben vor kurzem bekanntgegeben, dass wir das Residenzprogramm »Artists at Risk« weiter fördern werden. Seit 2016 unterstützen wir Künstler und Autoren aus dem Mittelmeerraum, die sich in ihren Heimatländern nicht frei bewegen und entfalten können, weil ihre Arbeit zensiert wird oder sie zur Flucht gezwungen sind. Hier können sie sich vernetzen und weiter professionalisieren. Mit dem Projekt wollen wir genau dort Freiräume schaffen, wo sie immer kleiner werden.

Generell werden uns auch Fragen von Zusammenhalt weiter beschäftigen. Wie geht Europa mit steigendem Rechtspopulismus und mit den Fragen rund um Migration und Flucht um. In diesem Sinne ist auch das Begleitprogramm zur Ausstellung »Europa und das Meer« im Deutschen Historischen Museums verortet, das wir gemeinsam gestalten. Die Ausstellung reflektiert über 1.500 Jahre Geschichte des europäischen Kontinents mit diesem Meer. Und sie zeigt, dass Europa sehr viel länger ein Auswanderungs- als ein Einwanderungskontinent war. Aus dieser historischen Langzeitperspektive heraus lässt sich die aktuelle Debatte über Zuwanderung ganz anders einordnen; manches relativiert sich dadurch auch. Mit diesem historischen Wissen, Dinge neu zu denken, Verantwortung zu übernehmen und entsprechend zu handeln, scheint mir heute besonders wichtig zu sein. ●

ANZEIGE

Frühbucher-Vorteil
bis 8. April
2019

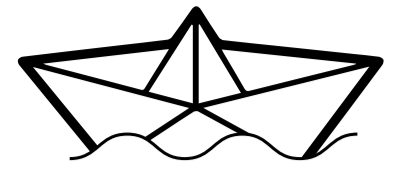


Deutscher Evangelischer
Kirchentag Dortmund
19.–23. Juni 2019

WAS
FÜR EIN
VERTRAUEN

2. Könige 18,19

»Alles im Fluss – vom Bewahren und Gestalten«



Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), hielt am 24. April 2018 die Berliner Stiftungsrede im Allianz Forum

In Bundestagsreden, in politischen Kommentaren, in den sozialen Medien und vielen Blogs, durchaus auch in wissenschaftlichen Arbeiten finden wir die Mahnungen, doch endlich aufzuwachen aus unserer bundesdeutschen Lethargie: die Zukunft entschlossen anzugehen, zu gestalten und uns zu öffnen für das Neue. Natürlich wird auf technologische Veränderungen hingewiesen, auf rapide Umbrüche in der Arbeitsorganisation, bei den Arbeitsinhalten, der Stellung der Menschen im Arbeitsprozess.

Nachdrückliche Appelle an ein besseres Bildungssystem folgen, mit höherer Chancengerechtigkeit für Menschen aus Haushalten ohne akademischen Hintergrund, aus anderen Kulturen, mit körperlichen oder geistigen Einschränkungen. Inklusion und der Abbau von Bildungsarmut sind hier bekannte Stichworte. Der Umbau der Krankenversicherung wird thematisiert. Das duale System hat sich als nicht zukunftsfest erwiesen, ist ineffizient und überträgt soziale Unterschiede in die Versorgung von Kranken. Auch hier wird ein aktives Gestalten gefordert, und das nicht erst seit heute. Das Rentensystem kippt und leistet nicht mehr das, was es anfangs versprochen hat: »Die Rente ist sicher und garantiert im Alter ein gutes Leben, solange man nur ausreichend viele Jahre gearbeitet hat.«

Auch die Wohnungsfrage drängt. Räumliche Verdichtungen auf der einen Seite und verlassene Landschaften ohne Infrastruktur auf der anderen schreien nach aktivem Handeln. Zutreffend titelt die Caritas in einer Plakataktion: »Auf dem Land wird noch ehrlich gekickt, auch wenn die Elf nur noch zu fünf spielt« oder »Wer das Land liebt, kommt nicht mehr davon los. Zumindest nicht mit dem Bus.«

Und wie steht es mit der Einkommens- und Vermögensverteilung insgesamt? Warum sperren wir uns nicht gegen maßlose Bonuszahlungen, die Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen in Deutschland aushöhlen? Warum lassen wir es zu, dass wenige hohe Vermögen anhäufen, viele aber von ihrem Lohn allein nicht leben können? Liegen diese Themen jenseits der Gestaltbarkeit oder des Gestaltungswillens politischer Akteure? Natürlich wären auch der Klimawandel und die europäische Frage zu nennen, doch ich belasse es bei einem letzten Beispiel: Flüchtlinge und Migranten. Wir haben kein Einwanderungsgesetz. Harte Positionen treffen hier aufeinander, uns fehlt der ehrliche Diskurs.

Diese Semantiken überfälliger Veränderungen, einer Vogel-Strauß-Politik und der schieren Unfähigkeit des aktiven Gestaltens treffen auf Standpunkte, die das genaue Gegenteil formulieren. Ein Rückbau in die vermeintlich bessere Welt von gestern wird gefordert, mit sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, strikter Renteileilung zwischen Männern und Frauen, ohne die Ehe für alle. Ein Heimatministerium wird eingerichtet, Migranten sollen wieder temporäre Gäste sein, in einem starken Nationalstaat mit ordentlichen Grenzen und eigener Währung.

Angesichts dieser zerrissenen Diskurse hat das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, ein großes Leibniz-Institut, welches ich seit zehn Jahren leiten darf, zusammen mit der Wochenzeitung DIE ZEIT und dem infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft über 3100



Jutta Allmendinger ließ über 3.100 Menschen für eine große Vermächtnisstudie befragen: »Wir haben sie besucht und lange mit ihnen gesprochen. Über ihr Leben, über das, was ihnen selbst wichtig ist, was sie bewahren und den kommenden Generationen mit auf den Weg geben möchten.«

Menschen befragt. Männer und Frauen, die zwischen 14 und 80 Jahren alt waren, in Ost und West, Süd und Nord lebten, in Städten und auf dem Land, mit oder ohne Migrationserfahrung. Wir haben sie besucht und lange mit ihnen gesprochen. Über ihr Leben, über das, was ihnen selbst wichtig ist, was sie bewahren und den kommenden Generationen mit auf den Weg geben möchten. Über das, was sie wegwerfen und hinter sich lassen würden, könnten sie nochmals entscheiden, wie sie ihr Leben führen. Vermächtnis haben wir das genannt, man könnte auch von einem Auftrag reden, den sie uns und vielleicht sich selbst erteilen.

Beide Fragerichtungen – »Wie ist es heute?« und »Wie soll es werden?« – sind für sich genommen spannend, auch wenn es bereits viele Erhebungen gibt, die das Hier und Jetzt erkunden. Was mich aber besonders interessiert und das Thema der diesjährigen Stiftungswoche berührt, sind die Vergleiche zwischen den Antworten auf die beiden Fragerichtungen.

In welchen Bereichen empfehlen, wünschen und fordern die Menschen ein »weiter so«? Wann also legen sie ihren eigenen Lebensentwurf den kommenden Generationen unverändert ans Herz? Gibt es eine einheitliche Meinung oder gehen die Ansichten weit auseinander? Machen das Geschlecht, die Bildung, das Alter, die Migrationserfahrung einen Unterschied?

Und in welchen Bereichen ist es umgekehrt? Wann wird von wem das Gegenteil gefordert? Das Heute soll dann gerade nicht das Morgen sein, man wünscht sich, ja man fordert Veränderungen und den Mut, diese auch umzusetzen.

Beginnen wir mit den Bereichen, in denen die Menschen Kontinuität einfordern. Hier sticht die Erwerbsarbeit hervor. Sie

ist den Menschen sehr wichtig, da sind sie sich einig. Und alle wünschen sich, dass es auch so bleibt. Junge Menschen, die noch nicht erwerbstätig sind, ebenso wie Ältere, die schon lange im Ruhestand sind. Gut

»Würden Sie auch erwerbstätig sein, wenn Sie das Geld nicht bräuchten?« Über 60 Prozent der Befragten stimmen dem vorbehaltlos zu.«

Gebildete und schlecht Gebildete, Menschen mit und ohne Migrationserfahrung.

Die Menschen arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das ist wenig überraschend. Doch Erwerbsarbeit bedeutet ihnen mehr als nur finanzielle Absicherung. Sie schafft neue kommunikative

Räume, bringt neue Erfahrungen, Orte außerhalb der eigenen Familie, ein Stück eigenes Leben, wie Elisabeth Beck-Gernsheim das so treffend ausgedrückt hat. Selbstwertgefühl, eine nicht in Geld zu messende Bereicherung des Lebens.

Um dies mit fester Stimme sagen zu können, habe ich nicht in eine Zauberkugel geschaut. Vielmehr entnehme ich dies den Antworten der Menschen auf die Frage: »Würden Sie auch erwerbstätig sein, wenn Sie das Geld nicht bräuchten?« Über 60 Prozent der Befragten stimmen dem vorbehaltlos zu. Die Ausnahme bilden Menschen in schlechter Arbeit, also mit befristeten Tätigkeiten in Folge, vielen Schichtdiensten, Niedriglohn, Arbeit auf Abruf, Überforderung aufgrund zu dünner Personaldecke.

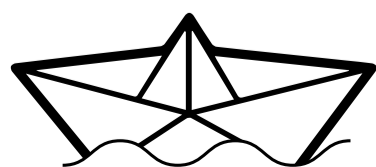
Dennoch: Dieses starke Drängen auf Erwerbsarbeit beschäftigt mich sehr und macht mich nachdenklich. Denn es trifft auf parallele Diskussionen um das bedingungslose Grundeinkommen, das einen starken gesellschaftlichen Zuspruch erfährt. Wann immer ich auf Podien sitze und mit den Teilnehmenden diskutiere, die sich entschlossen für ein bedingungsloses Grundeinkommen einsetzen, stehe ich mit meiner Meinung allein. Meine Hinweise auf die Studienergebnisse und darauf, dass die soziale Ungleichheit im Einkommen noch steigen würde, da viele begüterte Menschen noch mehr Geld bekämen, ohne dieses auch nur ansatzweise zu brauchen, verhallen. Meine Argumente, dass sich viele Arbeitgeber ihrer Verantwortung für den Erhalt von Beschäftigung einfach entziehen könnten, sich sozusagen »freikaufen«, überzeugen nicht. Wie kann es sein, dass eine repräsentative Befragung ergibt, dass allen Erwerbsarbeit außerordentlich wichtig ist und sie doch einem bedingungslosen Grundeinkommen applaudieren?

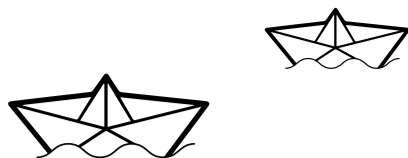
Weiterführende Studien und viele Unterhaltungen haben gezeigt, dass ein

bedingungsloses Grundeinkommen oft geschätzt und gefordert wird, weil es genau genommen gar nicht um bezahlte Arbeit geht. Es geht um Sicherheit und bezahlte freie Zeit. Diese »unbedingte freie« Zeit nimmt einen immer größeren Stellenwert ein. Die Menschen möchten ein Sabbatical machen und dieses für eine Orientierungsphase nutzen können. Sie möchten zeitweise ihre Arbeitsstunden reduzieren und dann sicher auf ihre ursprüngliche Stundenzahl zurückkehren können. Diese Interpretation stützt auch der aktuelle Tarifabschluss der IG Metall, die mit Pflege und Kindererziehung bei teilweisem Lohnausgleich erstmals ein sogenanntes Frauenthema in den Vordergrund gerückt hat. Dabei wurden auch Grundsatzfragen wie die Verteilung von bezahlter und unbezahlter Zeit zwischen Frauen und Männern diskutiert. Dass die IG Metall mit einem hohen Männeranteil hier wichtige Impulse setzt, hat mich überrascht.

Auch aus meinem eigenen beruflichen Umfeld kann ich ein Beispiel ergänzen. Das WZB ist ein fertiles Institut, wenn ich das so sagen darf. Wir freuen uns alle über Kinder, es macht uns nichts aus, für die Kolleginnen und Kollegen einzuspringen, sie à jour zu halten. Nur manchmal beobachte ich eine Art Schluckauf. Dann nämlich, wenn Eltern zusammen Elternmonate nehmen, eine lange Reise antreten und wohlgemeinte Postkarten aus der Ferne schicken. »Ich will auch mal zwei Monate raus, warum muss ich dafür ein Kind bekommen?« Diese Frage höre ich dann von jenen, die aus verschiedenen Gründen keine kleinen Kinder haben oder deren Kinder längst erwachsen sind.

Was ist also zu tun? Wir müssen Geld und Zeit und Arbeit und Sicherheit in neuer Weise denken. Wir müssen alternative Abfolgen der einzelnen Lebensphasen motivieren, mit Unterbrechungen in der Mitte und einem Arbeiten im späteren Verlauf. Wir sollten dafür das Feld des bedingungslosen Grundeinkommens nicht einigen wenigen privaten Initiativen





und Crowdfunding-Projekten überlassen, sondern systematisch erforschen, wofür Menschen das bedingungslose Grundeinkommen nutzen würden. Eine solche Forschung und die gewonnenen Erkenntnisse könnten eine zerfahrene Diskussion erhehlen und zu sinnvollen gesellschaftlichen Nejustierungen führen. Sie könnten auch verbunden werden mit neuen Forderungen nach einem solidarischen Grundeinkommen und mit der von Tony Atkinson eingebrachten Idee eines Chancenkontos zu Beginn des Lebens. Auch hier sollten wir die Wirkungen zunächst erforschen, über Flankierungen nachdenken und erst dann implementieren.

Die gestiegene Lebenserwartung bei guter Gesundheit erlaubt uns, diese Modelle umzusetzen. Und sicherlich lassen sie sich auch versicherungsmathematisch berechnen. Ich würde mich freuen, wenn Stiftungen hier aktiv würden und Impulse setzten.

Auch in einem zweiten Bereich wünschen sich die Menschen Kontinuität. Sie teilen das tiefe Bedürfnis nach Nähe, nach einem Wir-Gefühl, nach Familie, nach einer sozialen Einbettung und stellen sich damit in gewisser Weise gegen Individualisierung, Wettbewerb und Selbstdarstellung. Die Zustimmung ist groß, über alle Gruppen hinweg. Die Vorstellungen, wie dieses Zusammenleben ausgestaltet sein sollte, variieren aber deutlich. Beispielsweise gilt manchen die Ehe als Ausdruck einer besonderen Liebe, andere leben bewusst in einer Partnerschaft ohne Trauschein. Aber die unterschiedlichen Modelle werden von allen akzeptiert, die Vielfalt wird anerkannt und begrüßt.

Allerdings gibt es auch in diesem Bereich Entwicklungen, die mich stutzig und nachdenklich machen. Denn wiederum lässt sich empirisch belegen, dass Freundeskreise und Partnerschaften mehr und mehr in den eigenen sozialen Kreisen gefangen bleiben und sich selten unbekanntem Anderen öffnen. Man diskutiert und unternimmt Dinge unter seines- und ihresgleichen, status- und meinungskonform. Diese Wohlfühlgruppen haben selbstverständlich ihre Berechtigung, gesellschaftspolitisch aber sehe ich eine gewisse Gefahr.

Denn wer das Fremde nicht kennenlernt, verschließt sich dem Fremden eher. Wer aber Menschen aus anderen sozialen, ethnischen, religiösen Kreisen begegnet, hat die Chance, seine Vorurteile und Zuschreibungen zu überprüfen, den Menschen hinter dem Objekt zu erkennen. Er kann sich so eher für das Neue und Andere öffnen. Stereotypisierungen aber haben fast immer fatale Folgen. Sie führen zur Ausgrenzung von Menschen mit anderem sozialen Hintergrund, mit Migrationserfahrung

oder mit anderer Religion. Jede Frau in einer Führungsposition kann abendfüllend darüber berichten.

Was können Stiftungen hier tun? Sicherlich nicht Partnerschaftsbörsen bitten, Hinweise auf die ökonomische Absicherung, Nationalität und Bildungsabschlüsse zu streichen. Aber sie könnten daran mitarbeiten, Institutionen und Räume wieder einzuführen, die abgeschafft wurden. Den Zivildienst beispielsweise, verpflichtend nicht nur für Männer, sondern auch für

Entwicklungen zu verstehen, sind die meisten Menschen selbstkritisch. Sie wissen, sie sollten sich stärker interessieren und empfehlen dies auch den kommenden Generationen. Alterseffekte sind hier deutlicher als in den meisten anderen Bereichen. Insbesondere Ältere betonen, wie wichtig es ist, sich so früh wie möglich mit den Hintergründen des technologischen Wandels zu befassen. Die Jüngeren, die mit dem Internet und den digitalen Medien aufgewachsen sind, sind dagegen

und fürchtet um seinen meist gut bezahlten und sicheren Job. Er sieht die Veränderungen und überträgt sie auf sich selbst. Und was machen wir? Nichts. Wir müssen aber präventiv vorsorgen, bevor der Schadensfall eintritt – und damit meine ich die Arbeitslosigkeit. Wir könnten Menschen in Jobs, die starker Digitalisierung unterliegen, heute Teilzeit in Arbeitslosigkeit überführen und sie weiterbilden in Tätigkeiten, die eine Zukunft haben. Die Kosten sind solidarisch zu tragen – von der Wirtschaft und dem staatlichen Bildungssystem. Auch hier könnten Stiftungen viel tun. Verschiedene Analysemethoden zeigen uns, wo und wie sich die Tätigkeitsinhalte verändern. Warum passen wir die dualen Ausbildungscurricula und die duale Hochschulbildung nicht entsprechend an? Warum schaffen wir keine Brücken, die Sicherheit bieten bei dem schwierigen und zumindest in Deutschland kulturell nicht gut vorbereiteten Übergang zwischen Jobs? Warum investieren wir nicht mehr in Methoden der Datenerhebung ganz neuer Art, um die besten und effektivsten Wege zu finden?

Kommen wir zu einem zweiten Bereich, in dem sich die Menschen Veränderung wünschen und sich selbst kritisieren: gesunde Ernährung und eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion. Die Menschen wissen, dass sie meist ungesund essen und durch ihren Konsum eine Tierhaltung und Landwirtschaft unterstützen, die sie moralisch ablehnen. Bei Kaffee und Kleidern, die von Kindern hergestellt werden, ist das ähnlich. Im Gegensatz zum technologischen Wandel sehen sie hier aber kaum Ansatzpunkte für eigenverantwortliches Handeln. Hier braucht es staatliche Rahmenverordnungen, die strenger sind als bisher, die auf stärkere staatliche Kontrolle der Lebensmittelkonzerne drängen, aber auch auf vollständige und verständliche Informationen über die Produkte. Und es braucht einen Unterricht, der von Beginn an über gesunde Ernährung aufklärt, über Nahrungsketten, die bedrohte Biodiversität und die damit einhergehenden Folgen für alle. Auch auf diesem Feld können Stiftungen massiv investieren.

In der Vermächtnisstudie wurde noch in eine dritte Richtung gefragt, und zwar: Wie wird es tatsächlich sein? Die Antworten werfen auch ein Licht auf die Einstellungen gegenüber den Mitmenschen. Denn die Zukunft hat schon begonnen, im Leben der anderen. Und hier zeigt sich große Unsicherheit. Die Zukunft wird anders, als man sich wünscht, weil die Menschen außerhalb der eigenen sozialen Kreise ganz andere Prioritäten setzen. Daraus ergibt sich Sorge und mancherorts ein

Rückzug ins Eigene, Bekannte. Und dies lässt mich meinen Appell wiederholen: Wir müssen in die Bildung der Menschen investieren, ihre prinzipielle Offenheit für Neues fördern, in demokratischen Schulen, die Diversität und Inklusion leben, in sozialen Räumen, die Begegnungen und Kennenlernen verschiedenster Menschen ermöglichen. Lassen sie uns dabei alle an einem Strang ziehen, indem wir erfolgreiche Projekte in die Fläche bringen, sie adaptieren und langfristig begleiten. Von mir aus können wir auch Wetten abschließen: Funktioniert eine von Stiftungen gezahlte Intervention, so müssen die Schulbehörden nachziehen. Ein Verpuffen von Ergebnissen und kleinteiliges Stiftungswesen können wir uns nicht leisten. Wir brauchen innovative Stiftungsansätze, die die Veränderungen in der Gesellschaft aufgreifen und die Menschen unterstützen, die diese gestalten und mittragen. ●

Prof. Dr. h. c. Jutta Allmendinger, Ph. D., zählt seit Jahren zu den wichtigsten Stimmen in der deutschen Wissenschaft. Sie studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Volkswirtschaftslehre und Statistik in Mannheim, Wisconsin und Harvard. 1992 erhielt sie einen Ruf als Professorin für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Von 1999 bis 2002 war Jutta Allmendinger als erste Frau Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Im April 2007 übernahm sie die Leitung des WZB und wurde an der Humboldt-Universität zu Berlin zur Professorin für Bildungssoziologie und Arbeitsmarktforschung ernannt. Seit 2012 ist sie Honorarprofessorin an der Freien Universität Berlin.

»Wie wird es tatsächlich sein? Die Antworten werfen auch ein Licht auf die Einstellungen gegenüber den Mitmenschen. Denn die Zukunft hat schon begonnen, im Leben der anderen.«



Frauen. Kitas und Schulen, die zumindest in der Grundstufe nicht segregiert und bewusst quotiert sind. Städte, deren Baupolitik systematisch auf die Vernetzung sozialer Kreise setzt. Hochschulen, die von Vielfalt leben. Wie also motivieren Stiftungen ein soziales Jahr für alle und messen dessen Erfolg? Wie intensivieren wir einen Städtebau, der auf die Durchmischung sozialer und kultureller Kreise setzt? Wie lässt sich das Verständnis von Vielfalt systematisch in Curricula einbauen?

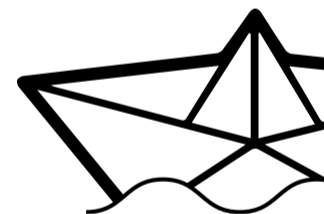
Kommen wir zu den Bereichen, in denen sich die Menschen in Deutschland eine Veränderung wünschen, in denen sie sich selbst korrigieren. Hier treibt sie besonders der technologische Wandel um. Sie fühlen sich unzureichend gewappnet und wollen für die Anforderungen der Digitalisierung besser gerüstet sein.

Bei der Frage danach, wie wichtig es ihnen ist, die neuesten technologischen

vorsichtiger und würden beispielsweise Kinder nicht so früh an die neuen Techniken heranführen. Alle aber sind sich einig, dass mehr getan werden muss, damit die Menschen die Möglichkeiten der Digitalisierung emanzipiert nutzen können. Curricula müssen entwickelt werden, die digitale Kompetenzen vermitteln, damit die Menschen an der heutigen und morgigen Gesellschaft teilhaben können.

Die Menschen sind prinzipiell offen für Neues, das zeigen ihre Antworten. Aber wir müssen ihnen passgenaue, interessante Angebote machen, ihnen den Mut geben, die neuen Inhalte zu meistern, und die Sicherheit, dass sie mit dem neuen Wissen weiterkommen, eine Chance haben.

Nehmen wir wieder ein Beispiel. Wenn ein Fahrer in der Straßenreinigung zu Hause einen Staubsaugerroboter hat, ahnt er zumindest, dass dies auch eine Option für »seine Straße« wäre. Er wird unsicher



Die Kurven zeigen stetig nach oben

Immer mehr Stiftungen gründen sich in Berlin oder kommen neu in die Stadt: ExtraBlatt präsentiert ausgewählte Zahlen, Daten und Fakten – speziell zusammengestellt vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen

Die Berliner Stiftungslandschaft

Ein Blick in die Zahlen genügt und der Befund ist eindeutig: Die Berliner Stiftungslandschaft wächst. In den vergangenen Jahren hat Berlin im Vergleich zu anderen Städten kräftig zugelegt. Und vielleicht wird Berlin mal wieder, was es vor Krieg und Vertreibung war: die Hauptstadt der Stiftungen.

(Stand: 31.12.2017)

931

RECHTSFÄHIGE STIFTUNGEN BÜRGERLICHEN RECHTS (RSTBR)



93%

ANTEIL DER STIFTUNGEN MIT GEMEINNÜTZIGEN ZWECKEN

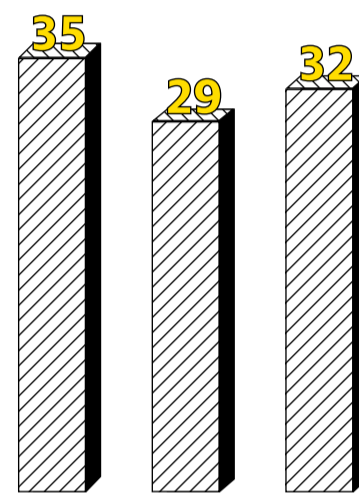
26 STIFTUNGEN
PRO 100.000 EINWOHNER

Die Entwicklung der vergangenen drei Jahre

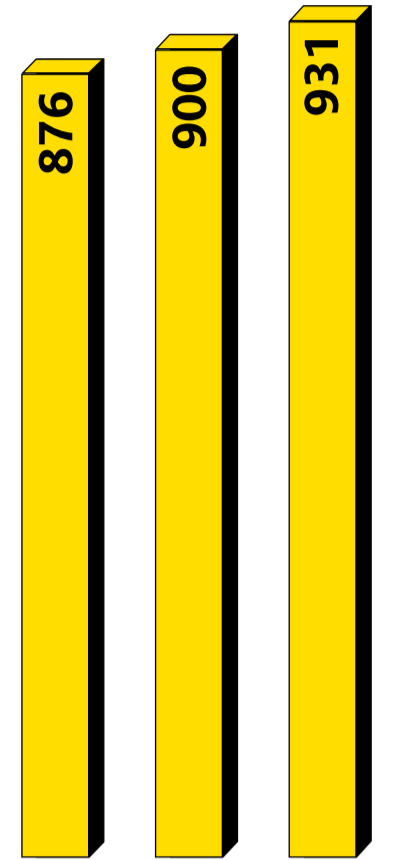
Jedes Jahr kommen zurzeit rund 30 neue Stiftungen an Spree und Havel hinzu. Berlin ist ein attraktiver Ort für Stiftungen – nicht zuletzt durch die vielfältigen Möglichkeiten, sich mit anderen Stiftungen auszutauschen und zu vernetzen.

(Stand: jeweils zum Jahresende)

ERRICHTET



BESTAND



2015 2016 2017 **2015 2016 2017**

Mitten im Leben

IN BERLIN SIND ACHT MUSEEN, 18 SCHULEN UND SIEBEN KRANKENHÄUSER IN DER HAND VON RECHTSFÄHIGEN STIFTUNGEN BÜRGERLICHEN RECHTS.

Stiftungen arbeiten nicht nur zu abstrakten Themen und strategischen Zielen. Ganz im Gegenteil: Viele sind mitten im Leben verwurzelt, weil sie Einrichtungen betreiben, die einfach unverzichtbar sind – in den Bereichen Kultur, Bildung oder Daseinsvorsorge. So unterhalten rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts in Berlin beispielsweise acht Museen, 18 Schulen und außeruniversitären Bildungseinrichtungen sowie sieben Krankenhäuser.

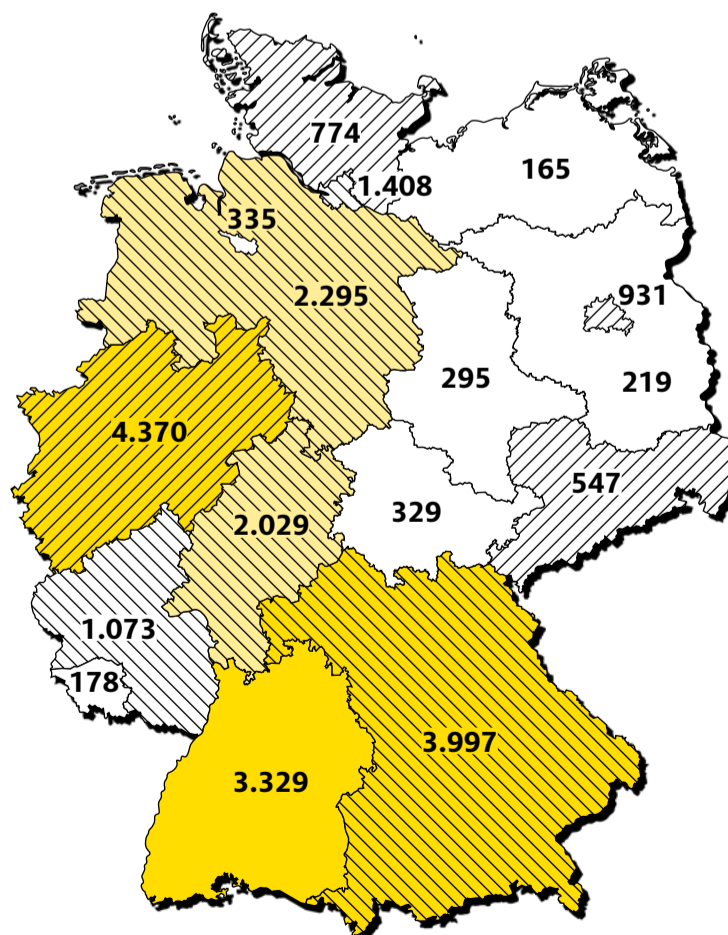
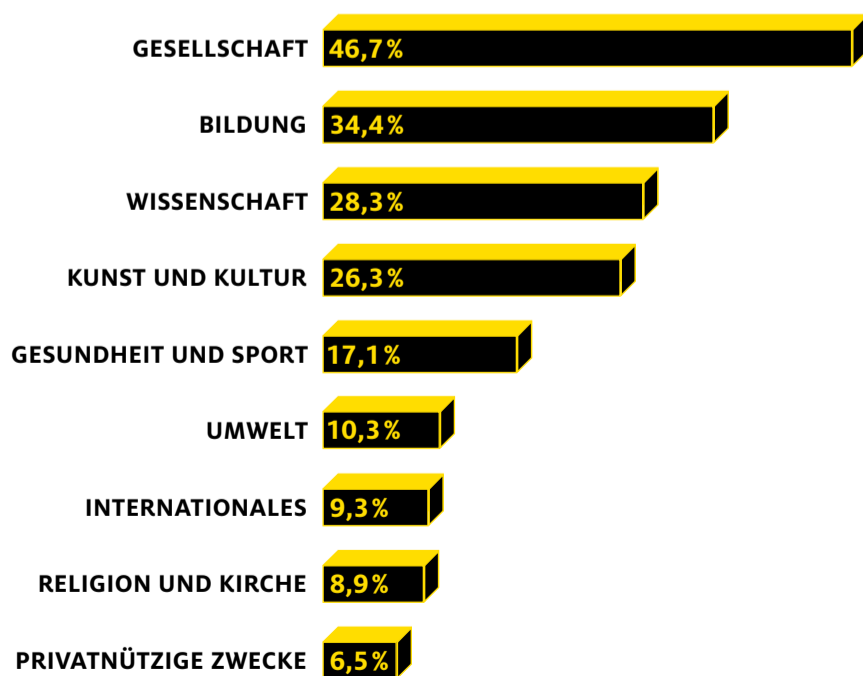
(Stand: 16.08.2018)



Zu welchen Themen arbeiten die Berliner Stiftungen?

Auf die Frage, zu welchen Themen die Stiftungen in Berlin tätig sind, konnten die Befragten mehrere Antworten geben. Denn die meisten Stiftungen widmen sich nicht nur einem Gebiet. Herausgekommen ist ein Überblick der wichtigsten Tätigkeitsfelder.

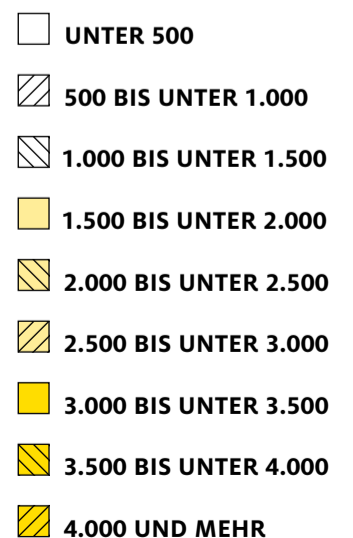
(Stand: 05/2017, Mehrfachnennungen möglich, n = 873)



Stiftungsland Deutschland

Im Vergleich der 16 Bundesländer haben natürlich die einwohnerstärksten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Bayern die Nase vorn, wenn es um die absoluten Zahlen der regional ansässigen Stiftungen geht. Doch Berlin ist auf einem guten Weg, wie die Übersicht aus dem Jahr 2017 zeigt. Für ganz Deutschland wurden Ende 2017 insgesamt 22.274 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts gezählt.

(Quelle: Jährliche Umfrage unter den Stiftungsaufsichtsbehörden, Stichtag 31.12.2017)



Zahlen, Daten, Fakten

Schulbibliotheken – Inseln der Leselust!

Über eine wichtige Schnittstelle zwischen Unterricht und Freizeit • Von Dr. Helena Stadler, Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Berlin



Eintauchen in die Welt der Bücher – Schulbibliotheken bieten einen niedrigschwelligen Zugang zum Lesen

Um eine umfassende Lesekompetenz zu entwickeln, reicht die Unterrichtszeit – insbesondere für Schüler*innen nicht-deutscher Muttersprache nicht aus, deshalb muss eine ganztagsorientierte Lesekultur in den Schulen entwickelt werden. Dies ist am idealsten mit einer betreuten Schulbibliothek möglich.

Kindern ohne Bücher im familiären Umfeld fehlt in der Regel die Lesemotivation. Deshalb sind Schulbibliotheken wichtige Schnittstellen zwischen Unterricht und Freizeit! Durch sie erhält die Lesekultur einen Ort im täglichen Umfeld der Kinder. Sie ermöglicht einen niedrigschwelligen Zugang und bietet einen Raum der Ruhe und der Konzentration, eine ideale Atmosphäre, um die Erfahrung zu machen, wie schön es ist, sich in eine Geschichte oder ein Sachgebiet vertiefen zu können.

Dass wir an allen Schulen eine Lesekultur aufbauen müssen, d.h. das Lesen nicht nur als Schulfach begreifen, sondern als ein Vergnügen, das dazu einlädt, auch außerhalb der Schule zu lesen, ob im Buch, auf dem Tablet oder am Computer, ist dringend geboten. Nicht nur der Schulerfolg hängt von der Lesekompetenz ab, sondern auch die Fähigkeit, sich kreative Denk- und Reflexionsräume zu schaffen. In Berlin haben nach neuesten Untersuchungen nur rund 35 Prozent aller

Schulen eine regelmäßig betreute Bücherei. Immer wieder werden Initiativen – oft von Eltern – gestartet, die allerdings nach ein paar Jahren wieder einschlafen. Die

lebendigen Orten der Lesekultur zu gestalten. Unsere Expertise zum Aufbau und zur Belegung von Schulbibliotheken reicht bis ins Jahr 2004 zurück. Damals konnte die

»Die Schulbibliothek in der Lenau-Schule ist nicht nur täglich sechs bis sieben Stunden geöffnet, sondern zu einem zentralen Ort, einer Bildungsinsel, in der Schule und zu einem integrierten Teil des Curriculums geworden.«

Bürgerstiftung Berlin hat mit den mehr als 300 erfahrenen Lesepat*innen und geeigneten Projekten verschiedene Möglichkeiten erprobt, Schulbibliotheken zu

Bürgerstiftung Berlin die Bücherei in der Lenau-Grundschule aufbauen mit Fördermitteln der Levy-Strauss-Foundation (Kalifornien) und einer privaten Spenderin,

die die charmante Idee hatte, ihrem Ehemann zum Geburtstag ein Projekt »Zur Förderung der Lesekompetenz von Berliner Schulkindern« zu schenken.

Die Schulbibliothek in der Lenau-Schule ist nicht nur täglich sechs bis sieben Stunden geöffnet, sondern zu einem zentralen Ort, einer Bildungsinsel, in der Schule und zu einem integrierten Teil des Curriculums geworden, in dem täglich ganze Klassen das »Interaktive Bilderbuchkino« genießen, die Themenkisten für die Projektarbeit und Ferienbuchkisten zur Ausleihe vorbereitet, Lesungen und Elterncafés organisiert und Leseberatung für Pädagog*innen und Eltern angeboten werden. Da schon seit 15 Jahren eine Kooperation mit dem Weiterbildungszentrum der Freien Universität Berlin besteht, das pro Semester durchschnittlich 50 Workshops für Lesepat*innen anbietet, sind die Bibliotheksbetreuer*innen auf einem hohen theoretischen und praktischen Niveau vernetzt.

Die Bürgerstiftung Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, weitere Schulbibliotheken im Grundschulbereich zu unterstützen, um die Lesekultur schon in der Grundschule und in Kitas vor allem auch durch gute Bilder- und Sachbilderbücher anzukurbeln und durch den Einsatz von ehrenamtlichen Lesepat*innen zu lebendigen und kontinuierlich betreuten Orten in der Schule zu entwickeln. •

STICHWORT BÜRGERSTIFTUNG BERLIN

Die Bürgerstiftung Berlin ist eine stetig wachsende Gruppe engagierter Menschen, die sich in Berlin mit Zeit, Geld und Ideen einbringt. Unsere 500 ehrenamtlichen Paten sind einmal wöchentlich in Schulen und Kitas in ganz Berlin unterwegs. Mehr als 10.000 Kinder profitieren von den Ehrenamtlichen, die sich dafür einsetzen, dass die Begeisterung fürs Lesen, Experimentieren oder die Natur geweckt werden.

Weitere Informationen auf www.buergerstiftung-berlin.de

ÜBER DIE AUTORIN

Autorin Dr. Helena Stadler ist Vorstandsmitglied der Bürgerstiftung Berlin und für die Vernetzung und Projektentwicklung zuständig.



Ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten unterstützen die Schulbibliotheken vor Ort

ANZEIGE

Stiftungssuche Plus:

Das Online-Verzeichnis
Deutscher Stiftungen

- Mehr als 26.500 ausführliche Stiftungsporträts
- Täglich aktualisierte Daten
- Recherche anhand verschiedener Suchkriterien

Jetzt Online-Abo abschließen:
www.stiftungssuche.de





10. BERLINER STIFTUNGSWOCHE

2. — 12. APRIL 2019

Über 150 Veranstaltungen, Ausstellungen und Projekte
www.berlinerstiftungswoche.eu

